



Evangelische Verantwortung



Berliner Volksentscheid zum Religions- unterricht

Interview mit
Dr. Christoph Lehmann (Pro Reli e. V.) *Seite 3*

Mit „Q-rage“ gegen Rassismus? –
Ein Gang durch die Veröffentlichun-
gen von ‚Schule ohne Rassismus‘

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmacher *Seite 6*

14 *Evangelisches Leserforum*

15 *Aus unserer Arbeit*

18 *Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Die eigene vor Gott und den Menschen verantwortete Entscheidung steht im Zentrum des protestantischen Verständnisses des politischen Mandates.

ten, dass der evangelische Christ eine christliche Verantwortung im öffentlichen Leben wahrnimmt, dann wird ihn niemand davon befreien, dass er das in einer eigenen Entscheidung tut, und wir werden und wollen von keiner evangelischen Kanzel hören, man müsse die oder jene Partei deswegen wählen, weil man evangelischer Christ ist. Aber (...) ich möchte von vielen evangelischen Kanzeln und von vielen evangelischen Pfarrern hören, dass es eine Pflicht ist zu wählen. Dass es eine Pflicht ist, eine persönliche politische Entscheidung zu fällen...“.

Diese Worte von Ehlers dokumentieren überdeutlich, dass er unter christdemokratischer Politik gerade keinen christlich-politischen Exklusivitäts- oder Monopolanspruch verstand. Christdemokratische Politik nach Ehlers gewann gerade in dieser klaren Forderung Kontur, sich als bekennender Christenmensch immer wieder neu dem Wagnis des politischen Alltagsgeschäftes auszusetzen und sich auf der Grundlage der ureigensten Hoffnung in die konkrete Politik einzubringen. Er konnte den wesentlichen Impuls des Glaubens für die Motivation zur politischen

in den vergangenen Wochen ist vielfach kritisch nach der heutigen Bedeutung und Rechtfertigung des „C“ im Namen unserer Partei gefragt worden. Daran wird vor allem eines deutlich: Das „C“ ist (entgegen einem schon bei der Gründung der Unionsparteien verbreiteten Irrtum) weder als schmückendes Gütesiegel noch als Besitz misszuverstehen. Es ist vielmehr als eine Selbstverpflichtung von Christinnen und Christen in der Politik zu begreifen. Die mahnenden Worte von **Hermann Ehlers** klingen daher auch im „Superwahljahr 2009“ aktueller denn je: „Meine Freunde, wenn ich sage, dass wir möch-

Verantwortungsübernahme betonen, aber gleichzeitig auch die Begrenztheit eben dieser politischen Arbeit im Sinne des Vorläufigen würdigen.

In vielen der aktuellen Diskussionen und Debatten rund um das „C“ wünsche ich mir wieder mehr von dieser Erkenntnis des Gründervaters und ersten Bundesvorsitzenden des EAK zurück. Ehlers dezidiert protestantischer Auffassung vom politischen Beitrag des Christenmenschen wohnte ein insgesamt anti-ideologischer und wohlthuend sachlicher Grundzug inne, der die Dinge des Glaubens und die Dinge dieser Welt in einer differenzierten Weise sowohl voneinander unterschied als auch aufeinander bezog. Als frommer Mann lehnte er jeglichen Versuch der direkten Übertragung von biblischen Glaubenswahrheiten in die Politik genauso ab wie die Instrumentalisierung von Glaube und Kirche durch die Politik. Das sollte auch im **75. Jubiläumsjahr der Barmer Theologischen Erklärung** wieder deutlich in Erinnerung gerufen werden. Das ist aber auch gegenüber all denen – innerhalb wie außerhalb unserer Partei oder in den Kirchen – zu betonen, die direkt aus der Heiligen Schrift eindeutige, ethische oder gar politische Handlungsanweisungen postulieren möchten, um daraus kategorisch einen vermeintlichen Alleinvertretungsanspruch für „das Christliche“ zu erheben.

Die eigene vor Gott und den Menschen verantwortete und in Bindung an das Wort der Schrift getroffene Entscheidung steht im Zentrum des protestantischen Verständnisses des politischen Mandates. Dieses Verständnis ist auch die unverrückbare Grundlage für den besonderen Beitrag des EAK, mit dem er der guten und erfolgreichen, politischen Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen in den Unionsparteien auch weiterhin dienen wird.

Eine gesegnete Osterzeit wünscht Ihnen
Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- | | | | |
|---|---|----|--------------------------|
| 2 | Editorial | 14 | Evangelisches Leserforum |
| 3 | Berliner Volksentscheid zum Religionsunterricht | 15 | Aus unserer Arbeit |
| 6 | Mit „Q-rage“ gegen Rassismus? – Ein Gang durch die Veröffentlichungen von ‚Schule ohne Rassismus‘ | | |



„Gerade in Berlin ist Religionsunterricht wichtig“

Der Vorsitzende von „Pro Reli e.V.“, Dr. Christoph Lehmann, im Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU, Christian Meißner

Herr Dr. Lehmann, das von Ihnen initiierte Volksbegehren „Pro Reli“ ist mit mehr als 300.000 abgegebenen Unterschriften zum erfolgreichsten Volksbegehren Berlins geworden. Haben Sie damit gerechnet, als die Sammlung von Unterschriften im vergangenen September begann?

Ich habe damit gerechnet, dass wir Erfolg haben würden. Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Daher war zu erwarten, dass für unser Anliegen, Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht herzustellen, viele Leute zu

gewinnen sein würden. Überrascht waren wir allerdings alle über das Ausmaß unseres Erfolges.

„Pro Reli“ setzt sich für den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an den Berliner Schulen ein. Das Volksbegehren fordert somit die Gleichstellung gegenüber dem verpflichtenden Ethikunterricht. Welches waren die größten Widerstände, die in der Vorbereitung

Leider hat uns die Verwaltung bei der Vorbereitung unseres Volksbegehrens zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt.

des Volksbegehrens zu überwinden waren?

Leider hat uns die Verwaltung bei der Vorbereitung unseres Volksbegehrens zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt. Es fing bereits damit an, dass wir jeden der Stände, an dem wir Unterschriften sammeln wollten, in jedem der Bezirksämter einzeln beantragen mussten.

Die Anforderungen der einzelnen Bezirksämter an die Standgenehmigungen waren

FREIE WAHL!

zwischen ETHIK und RELIGION

unterschiedlich. Die Bearbeitungszeiten waren zum Teil unverständlich lang, was zu ernsthaften Behinderungen zu Beginn der Aktion führte. Der Innensenator hat mehrfach versucht, uns einzuschüchtern, indem er Verwirrung über die Frage verbreitet hat, unter welchen Voraussetzungen Unterschriften gültig sind. Erst der Landeswahlleiter musste einschreiten und dies klarstellen.

Insgesamt fehlte dem Senat völlig der eigentlich wünschenswerte

entspannte Umgang mit einem Instrument der direkten Demokratie.

Was hat Sie dazu geführt, den Verein „Pro Reli“ zu gründen? Wie finanziert sich Ihr Verein eigentlich, und wie kann man sich für „Pro Reli“ engagieren?

Die Idee zur Gründung des Vereins entstand am Familientisch. Wir lasen beim Frühstück eine Umfrage, wonach die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für Wahlfreiheit an den Schulen ist. In der gleichen Zeit wurden die Voraussetzungen zur Durchsetzung eines Volksbegehrens in der Berliner Landesverfassung deutlich erleichtert. Dies brachte uns zu der Idee, einfach loszulegen und ein Volksbegehren mit dem Thema Religionsunterricht anzustoßen. Der Verein lebt von zahlreichen Spenden. Jede der Phasen kostet selbstverständlich viel Geld, das wir gerade zur Vorbereitung des Volksentscheids am

26. April 2009 auch noch einmal dringend benötigen. Daneben werden viele ehrenamtliche Helfer gebraucht.

Welches sind aus Ihrer Sicht die zentralen Argumente für den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an Berlins Schulen?

Berlin ist stolz auf seine kulturelle Vielfalt und auf seine Weltoffenheit. Weltoffenheit heißt jedoch auch, jeden so zu akzeptieren wie er ist und nicht zu versuchen, ihn in ein vorgefertigtes Bild zu pressen. Daher ist gerade in einer weltoffenen und toleranten Stadt wie Berlin Religionsunterricht wichtig.

„Pro Reli“ wird von der evangelischen und der katholischen Kirche unterstützt. Daneben setzen sich

zum Beispiel aber auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin und die ‚Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen‘ für „Pro Reli“ ein – oder prominente Einzelpersonen wie Günther Jauch, Eberhard Diepgen, der ehemalige Regierende Bürgermeister Berlins und Arne Friedrich, der Kapitän von Hertha BSC. Haben Sie eine so breite Unterstützung aus einer als ‚gottlos‘ verschrienen Stadt wie Berlin erwartet?

Es ist eben ein Irrtum anzunehmen, dass Berlin „gottlos“ sei. Sicher sind viele Leute hier nicht offiziell in der Kirche, viele von diesen haben aber dennoch noch lange nicht grundsätzlich mit der Kirche gebrochen. Berlin ist nicht atheistisch, sondern kulturell, religiös und weltanschaulich vielfältig. Daher wundert auch nicht die Breite der Unterstützer.

Wie wird das Volksbegehren eigentlich von den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern an Berliner Schulen angenommen?

Ich habe beim Unterschriftensammeln im Rahmen des Volksbegehrens die Erfahrung gemacht, dass gerade betroffene Kinder ihre Eltern häufig zur Unterschrift geradezu gedrängt haben. Viele Schülerinnen und Schüler haben trotz der kalten Witterung für uns auf der Straße gestanden und haben Unterschriften gesammelt. Dies zeigt mir, welches Anliegen ihnen unsere Initiative ist. Auch viele Lehrerinnen und Lehrer haben uns natürlich unterstützt.

Rot-Rot, die Berliner Landesregierung, und andere Kritiker halten „Pro Reli“ vor, das Volksbegehren gefährde eine erfolgreiche Integration insbesondere junger Muslime in unserer Gesellschaft.

Das Gegenteil ist der Fall. Ein aufgeklärter islamischer Religionsunterricht unter staatlicher Verantwortung würde es den jungen Muslimen dieser Stadt gestatten zu lernen, wie sie mit ihrem Glauben in unserer Gesellschaft leben können. Sie könnten dies lernen von Menschen, die selbst dieselbe Herausforderung zu meistern haben. Diese integrative Aufgabe kann Ethikunterricht unmöglich leisten.

Ein weiterer Kritikpunkt lautet, der Religionsunterricht werde den Berliner Landeshaushalt zukünftig mehrere Millionen Euro pro Jahr zusätzlich kosten.

Es gibt ältere Kostenschätzungen des Senats, wonach die Einführung des Religionsunterrichts zu Einsparungen führen würde. Wir kamen gemeinsam mit den Kirchen zu dem Ergebnis, dass es kostenneutral ist. Die Senatsverwaltung kam zu einer Kostensteigerung von deutlich unter 10% des bislang für den Religionsunterricht aufgewandten Betrages. Selbst wenn die Zahlen der Senatsverwaltung

richtig wären, sollte uns ein so wichtiges bildungspolitisches Anliegen diese Mehrausgaben wert sein.

Anders als von „Pro Reli“ angestrebt, findet der Volksentscheid nicht zeitgleich mit der Europawahl im Juni 2009 statt, sondern bereits am 26. April 2009. Wie bewerten Sie diesen von Rot-Rot festgesetzten Termin? Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass dieser Termin ca. 1,4 Millionen Euro an zusätzlichen Steuergeldern kosten wird?

Ein Volksbegehren ist in Berlin nur dann erfolgreich, wenn nicht nur die Mehrheit der Abstimmenden mit JA stimmt, sondern diese Mehrheit zugleich aus 25% der Wahlberechtigten besteht. Offenbar

kennt der Senat die Umfragen, wonach die Mehrheit der Bevölkerung bereit wäre, für unsere Initiative zu stimmen. Durch die Vorverlegung des Wahltermins will der Senat nun offenbar erreichen, dass wir

Wir führen eine Auseinandersetzung um den Begriff von Freiheit und Toleranz und den Umfang staatlicher Aufgaben.

Ist es wirklich Aufgabe des Staates, die Wertevermittlung an sich zu reißen?

das Quorum von 25% nicht erreichen. Dies muss man vor dem Hintergrund sehen, dass das Berliner Abstimmungsgesetz und die Verfassung ausdrücklich Regelungen enthalten, die eine Zusammenlegung von Wahlen mit Volksentscheiden ermöglichen.

Dadurch sollen nicht nur Kosten gespart werden, sondern auch eine möglichst große Beteiligung der Bürger erreicht werden. Hieran hat der Senat offenbar kein Interesse.

Kritiker werfen dem Berliner Senat vor, er betreibe einen gegen die Kirchen gerichteten „Kulturkampf“. Ist dieser Vorwurf aus Ihrer Sicht gerechtfertigt?

Der Begriff „Kulturkampf“ kommt aus einem bestimmten historischen Zusammenhang. Was wir führen, ist eine Auseinandersetzung um den Begriff von Freiheit und Toleranz und den Umfang staatlicher Aufgaben. Ist es wirklich Aufgabe des Staates, die Wertevermittlung an sich zu reißen? Sollten wir nicht lieber im Sinne des ehemaligen Verfassungsrichters Böckernförde auf die gesellschaftlichen Gruppierungen vertrauen, die Voraussetzungen zu schaffen, von denen unsere Gesellschaft lebt? Und schließlich: Besteht Toleranz wirklich in der Relativierung aller Standpunkte oder nicht gerade darin, feste eigene Standpunkte zu entwickeln und trotzdem mit anderen friedlich und konstruktiv zusammenzuleben?

Abschließend stellt sich die Frage nach dem Ausgang des Volksentscheides am 26. April 2009. Wie optimistisch sind Sie, dass es gelingen wird die erforderlichen 610.000 Ja-Stimmen zu erringen?

Berlin ist für seine Liberalität bekannt. Der Satz des „Alten Fritz“, jeder möge nach seiner Façon selig werden, gehört genauso zu Berlin wie der Kurfürstendamm oder der Alexanderplatz. Und genau dies ist auch unser Anliegen. Tolerant miteinander umzugehen, jeden so zu nehmen, wie er ist, das ist unsere Hauptforderung. Deshalb bin ich für den 26. April sehr zuversichtlich.

Herr Dr. Lehmann, der EAK bedankt sich bei Ihnen für das Gespräch.

Pro Reli e. V.: Freie Wahl zwischen Ethik und Religion

Der Verein ‚Pro Reli‘ setzt sich für die Einführung von Religion als ordentlichem Schulfach auch an den Berliner Schulen innerhalb eines Wahlpflichtbereiches „Ethik/Religion“ ein.

‚Pro Reli‘ konnte seit seiner Gründung freiwillige und ehrenamtliche Unterstützer in allen Bevölkerungsschichten der Bundeshauptstadt und allen Berliner Stadtbezirken gewinnen. „Uns eint bei aller Vielfalt die Überzeugung, dass ein tragendes Wertefundament für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. In diesem Sinne haben wir ‚Pro Reli‘ als Aktionsplattform gegründet, um gerade im Bildungsbereich für eine fundierte Wertevermittlung einzutreten. Selbstverständlich kooperieren wir bei unserem Anliegen so eng wie möglich mit den Religionsgemeinschaften, insbesondere den beiden großen Kirchen“, heißt es „Über uns“ auf der vereinseigenen Website.

Weitere Informationen zur Arbeit des Vereins ‚Pro Reli‘ und zum Volksentscheid ‚Freie Wahl zwischen Ethik und Religion‘ am 26. April 2009 finden Sie unter www.pro-reli.de/volksbegehren und www.freie-wahl.de.

Sie können ‚Pro Reli‘ auch durch Spenden auf das folgende Konto unterstützen:
Kontoinhaber: Pro Reli e. V.
Konto-Nr.: 09 332 959 00,
Bankleitzahl: 100 800 00 (Dresdner Bank Berlin)
Referenz: ‚Spende‘ und Ihre Anschrift.

(‚Pro Reli e. V.‘ ist ein gemeinnütziger Verein, daher sind alle finanziellen Zuwendungen an den Verein steuerlich absetzbar. Zur Ausstellung der erforderlichen Spendenquittung ist die Angabe der postalischen Anschrift erforderlich.)



Dr. Christoph Lehmann ist Rechtsanwalt und Notar und engagiert sich ehrenamtlich als Vorsitzender für „Pro Reli e. V.“.



Mit „Q-rage“ gegen Rassismus? –

Ein Gang durch die Veröffentlichungen von ‚Schule ohne Rassismus‘ – ‚Schule mit Courage‘

| Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der Evangelikalen mit der Bundeszentrale für politische Bildung wegen eines Artikels in der Zeitung Q-rage von ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ (SOR) fiel mir auf, dass SOR nicht zum ersten Mal ausführlich zu religiösen Themen Stellung nahm, ja mehrere Publikationen zum Thema Religion, Islam usw. verzeichnet. Das ist ungewöhnlich angesichts des Wunsches, Rassismus zu bekämpfen. So entstand der Wunsch, einmal alle verfügbaren schriftlichen Materialien von SOR aus der Sicht eines Religionswissenschaftlers und Religionssoziologen zu begutachten, worauf ich sämtliche verfügbaren Materialien von SOR käuflich erwarb oder ausdrückte. Erst

bei der Durchsicht trat mehr und mehr die Frage hinzu, was SOR überhaupt anzubieten hat, um Rassismus zu überwinden.

Um es gleich vorneweg zu sagen: Rassismus ist ein gesellschaftliches Übel, und alles, was Schulen stärkt, Jugendliche gegen Rassismus und hin zu einem toleranten Miteinander aller Völker, Schichten und Gruppen zu erziehen und zu gewinnen, ist zu begrüßen. Ich habe erst gezögert, das vorliegende Gutachten kritischen Inhalts zu schreiben, da ich mir Schulen ohne Rassismus wünsche und befürchtete, die falschen Kräfte könnten mein Gutachten nutzen. Zudem

Was Schulen stärkt, Jugendliche gegen Rassismus zu erziehen, ist zu begrüßen.

läuft das Projekt ‚Schule ohne Rassismus‘ in anderen europäischen Ländern sehr gut. ‚Schule ohne Rassismus‘ ist eine europäische Idee, die 1988 in Belgien begann, sich 1992 auf die Niederlande, 1995 auf Deutschland, 1999 auf Österreich und 2002 auf Spanien ausweitete (KJ 7-8; HbG, Teil A, 1-6). Die 750 Schulen (2006), die den Titel ‚Schule ohne Rassismus‘ europaweit tragen, müssen sich selbst verpflichten, gegen Rassismus vorzugehen.

Mir geht es hier jedoch nicht um die europaweite Initiative, sondern um die Frage, wie die deutsche

Koordinationsstelle das Anliegen in ihren Materialien umsetzt (zur Geschichte in Deutschland siehe KJ 9-13, HbG, Teil A, 7-8). Das heißt, es geht mir um die Neuausrichtung nach 2001. „In den Jahren 1995 bis Ende 2000 firmierte das Projekt in Deutschland, analog zu den europäischen Partnerländern, unter dem Namen ‚Schule ohne Rassismus‘ ...“ (KJ 8) und wurde 2001 „neu konzipiert“ (KJ 9). Mit der neuen Projektleitung von Sanem Kleff und dem Umzug von Bonn nach Berlin wurde daraus ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘. Dabei wurde die ganze Diskriminierungsthematik (KJ 9: aufgrund von Religion, Herkunft, Geschlecht, körperlichen Besonderheiten, Weltanschauung, sexueller Orientierung) hinzugenommen.

In Deutschland gibt es zum Glück Meinungs- und Pressefreiheit. Deswegen kann SOR im Prinzip veröffentlichen und meinen, was es will. Erst der Umstand, dass sie Schulen gewinnen wollen und von einer Phalanx von Institutionen der EU und des Bundes finanziert werden, lässt die Frage aufkommen, ob das, was SOR vertritt und verbreitet, wirklich das ist, was all die anderen wollen.

Themenfelder

„Kümmert Ihr euch (sic!) nur um Rassismus?“ „Nein. Wir beschäftigen uns gleichermaßen mit Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung und der sexuellen Orientierung. Darüber hinaus wenden wir uns gegen alle totalitären und demokratiegefährdenden Ideologien.“ (Webseite und HJug 57)

Nur an zwei Stellen werden die Themenfelder von SOR ausführlicher dargestellt.

In KJ 31-55 werden folgende Themenfelder dargestellt: „Nationalsozialismus“ (34-37), „Antisemitismus“ (38-39), „Antiziganismus“ (40-41), „Rechtsextremismus“ (42-44), „Islam und Islamismus“ (45-48), „Flucht und Asyl“ (49-50), „Sexuelle Orientierung“ (52-53), „Diskriminierung aufgrund der Herkunft“ (54-55). Im Handbuch werden auf 78 Seiten (HbG, Teil B, ohne Zählung, 13. - 90. S.) folgende Themenfelder behandelt: „Diskriminierung aufgrund der Herkunft“ (10 S.), „Diskriminierung aufgrund körperlicher Merkmale“ (10 S.), „Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“ (16 S.), „Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung“ (10 S.), „Diskriminierung aufgrund religiöser

Orientierung“ (12 S.), „Antisemitismus“ (8 S.), „Nationalsozialismus“ (8 S.), „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ (4 S.).

Legt man nun aber den hiermit selbst gesetzten Maßstab an und fragt, was es denn zu diesen Themen an Materialien gibt, wird man enttäuscht. Nur einmal wird etwa die Haltung gegenüber „Sinti und Roma“ (Q2: 10) kurz angesprochen.

Zum Nationalsozialismus gibt es wirklich besseres Material. Sehr dünn ist der Abschnitt „Gewaltprävention“ (HbG, Teil B, 6-7) – hier haben die Schulen einen großen Informationsbedarf. Im Abschnitt „Diskriminierung aufgrund der Herkunft“ (HbG, Teil B, 13-22), wie auch sonst meist, fehlen gute Argumente gegen den eigentlichen Rassismus. Auch die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse fehlen. (In HbG, Teil B, 14 wird viel zu kurz, aber immerhin überhaupt auf die Ergebnisse der Genetik eingegangen. Ein gutes Muster wäre etwa Wolfgang Benz, Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile, Informationen zur politischen Bildung aktuell, 2001, empfohlen in HbG, Teil B, 89.)

Im Abschnitt „Diskriminierung aufgrund körperlicher Merkmale“ (HbG, Teil B, 23-32) hätte man wesentlich bessere Arbeit leisten und die Behindertenverbände selbst um Auszüge aus ihrem vortrefflichen Material bitten können. Der Abschnitt „Diskriminierung aufgrund religiöser Orientierung“ (HbG, Teil B, 49-60) versäumt es, konkrete Beispiele zu benennen. Immerhin wird gesagt, dass wir als Christen, Muslime und Juden mehr übereinander wissen müssen. Angesichts der bisweilen sehr breit dargestellten speziellen Themen wundert einen, was alles fehlt. Keine grundsätzliche Darstellung zur Asylproblematik, zu den sog. „Ehrenmorden“, zur Lage orthodoxer Christen, der Bahai oder islamischer Sondergruppen in Deutschland.

Kein Rassismus von links?

SOR setzt durchweg rassistische und diskriminierende Auffassungen mit ‚rechts‘ gleich. Zwischen ‚rechts‘ und ‚rechtsextrem‘ wird nirgends auch nur andeutungsweise unterschieden.

den. Die Darstellung des Weltbilds von „Rechtsrock“, in der Gewalt zum Spaßelement gehört, ist überschrieben mit „Zum rechten Weltbild“ (HRec 14). Und dass Rassismus auch von links ausgehen kann,

wird totgeschwiegen. Wie war das mit Oskar Lafontaines Ressentiments gegen polnische Arbeitnehmer in Deutschland? Und hat nicht auch Stalin ganze Völkerschaften verhungern lassen? Gibt es politische Gewalt nur bei ‚Rechten‘? So beginnt das Heft „Rechte Musik und Symbolik“ mit den Worten „‚rechts‘ ist Musik, wenn sie einschlägige politische Botschaften in ihren Texten verbreitet.“ (HRec 7). Und als erstes Beispiel werden Richard Wagner und

die Matthäuspassion von Johann Sebastian Bach genannt!

In allen Schriften der SOR wird meist von ‚rechts‘ gesprochen, wenn ‚rechtsextrem‘ gemeint ist. Häufig wird „rechts“ und „neonazistisch“ u. ä. im selben Satz gleichgesetzt (z. B. HRec 18). Angesichts der Tatsache, dass man in der Alltagssprache die beiden größten deutschen Parteien links (SPD) und rechts (CDU/CSU) ansiedelt, ist die Sprache von SOR sehr einseitig. Nun mag das als Ausdruck der politischen Einstellung der Autoren von der Pressefreiheit abgedeckt sein. Und natürlich ist eine solche Sprachwahl im linken Spektrum weit verbreitet. Aber es handelt sich hier nicht um eine überparteiliche Sprache aller Demokraten, sondern um eine einseitige, undifferenzierte Sprache, die politisch Andersdenkende in einen Topf mit Rassisten wirft. Doch den Rassismus zu bekämpfen, hilft es bestimmt nicht, wenn damit etwa an den Schulen Mitglieder der Schülerunion automatisch des Rassismus verdächtig sind. Es ist kein Zufall, dass, wie wir noch sehen werden, die CDU als einzige Partei neben den wirklich rechtsextremistischen Parteien direkt angegriffen wird.

Es erschwert die Bekämpfung des Rassismus, wenn man ihn immer nur beim politischen Gegner vermutet. Ohne die Bekämpfung des rechtsradikalen Rassismus in irgendeiner Weise einschränken zu wollen: Der Rassismus kann sich mit jeder politischen Ideologie verbinden, auch mit linken politischen Positionen und mit Linksextremismus. Oskar Lafontaines schon erwähnte Äußerungen oder türkische Parteien im linken Spektrum zeigen dies am vergleichsweise harmlosen Beispiel, der Imperialismus der Sowjetunion oder der Marxismus des ‚Weißen‘-Hassers Robert Mugabe in Simbabwe an gewalttätigen Beispielen.

Exkurs

Für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Universität Leipzig zum wiederholten Male Umfragen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen

durchgeführt (<http://library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf>). Wir geben hier die Zahlen wieder, obwohl sie wenig aussagekräftig sind.

| Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 | | | |
|--|-------------|------|------|
| | Ge- samt | West | Ost |
| Befürwortung Diktatur | 4,8 | 4,4 | 6,5 |
| Chauvinismus | 19,3 | 20,1 | 16,1 |
| Ausländerfeindlichkeit | 26,7 | 25,7 | 30,6 |
| Antisemitismus | 8,4 | 9,5 | 4,2 |
| Sozialdarwinismus | 4,5 | 4,0 | 6,2 |
| Verharmlosung Nationalsozialismus | 4,1 | 4,6 | 2,0 |

Was ist an solchen Zahlen und fast allen ähnlichen Untersuchungen zu bemängeln? Dass diese Einstellungen automatisch dem rechten Lager zugerechnet werden. Den Zahlen liegen zu jedem der fünf Themen je drei Fragen zugrunde, deren positive Beantwortung aber Linksextreme meist genauso geben können. Absurde Vorwürfe gegen Juden finden sich nicht nur im rechten Lager. Eine Diktatur und einen starken Mann wünschen sich nicht nur Rechtsextreme. Der Sozialdarwinismus ist auch Bestandteil der Marx'schen Weltanschauung. Mit Ausländerfeindlichkeit und vermeintlicher „Ausländerüberfremdung“ gehen auch links-populistische Parteien auf Stimmenfang. Zudem sind manche Fragen so gestellt, dass ihnen für sich genommen auch unbedarfte Bürger zustimmen, etwa ob Deutschland in der internationalen Politik zu wenig beachtet wird.

Umfragen, die sich nur auf Rechts- oder nur auf Linksextremismus beziehen, müssen einseitige Ergebnisse liefern, aber genau das scheint ja zur Bekämpfung des politischen Gegners bisweilen gewünscht. Doch nur wenn beide Extreme gemeinsam abgefragt und untersucht werden, haben Untersuchungen überhaupt einen Sinn.

Falsche Strategie: Polemik statt Argumente

Die Strategie von SOR gegen Rassismus ist die Strategie, alles Rechte polemisch lächerlich zu machen und zu ‚Widerstand‘ aufzurufen. Es gibt aber ganz andere, rationalere Wege. Aufklärung

tut not. Gemeinsame Gespräche in der Schule sind angesagt! Wenn es etwa heißt: „Immer öfter versuchen Neonazis an Schulen Fuß zu fassen. Jammern gilt nicht, man kann mit braunen Typen fertig werden.“ (Q3: 10), klingt mir zu oft die Sprache gewaltbereiter Linksextremisten an – zumindest fehlt die deutliche Warnung davor, dass man Extremismus nicht mit Extremismus bekämpfen kann.

Im Artikel „Antifa gegen Antifa“ (Q1: 6) heißt es beispielsweise über Gegner des Rassismus: „Die einen wollen nur reden, die anderen auch mal zuschlagen. Bürgerbündnisse und echte Antifas sind sich oft uneinig, wie man Neonazis Paroli bieten soll.“ Im ganzen Artikel finden sich keine klare Distanzierung von Gewalt gegen Gewalttäter und Gewalt gegen die Polizei oder eine Aufforderung, dass „zuzuschlagen“ nie, aber auch niemals eine Lösung ist! Auch der Artikel über die Demonstration gegen ‚Pro Köln‘ geht sehr sorglos mit den Ansätzen zu linksextremer Gewalt gegen die Polizei um (Q4: 10) und kann nicht mit der berechtigten Ablehnung von ‚Pro Köln‘ gerechtfertigt werden.

Verunglimpfung der Union und des Mitte-Rechts-Blocks als rechtspopulistisch

Kein Wunder, dass neben NPD und DVU in den mir vorliegenden Materialien als einzige Partei die CDU schlecht wegkommt (außer bei der Nennung der Parteizugehörigkeit von Schulpatinnen und -paten), während etwa die Parteien ‚Die Grünen‘ (Q 2: 4), ‚Die Linke‘ (z. B. KJ 30) und die SPD (z. B. Q2: 3; Q2: 11) oder FDP (z. B. KJ 30) immer gut wegkommen. So heißt es in Q-rage „Die CDU hetzt: Der Grüne Matthias Kraatz über die Moscheegegner“ (Q2: 4). Kraatz schießt sehr scharf und offensichtlich im Sinne von SOR, während René Stadtkewitz von der CDU Berlin-Pankow auf kleinem Raum nur einige sehr kritische Fragen gestellt bekommt. Man sage da nicht, Q-rage sei eine Schülerzeitung. Bei einer Auflage von 1 Million, erfahrenen Journalisten als Chefs und Herausgebern und so eindeutig aufeinander abgestimmten Interviews eines Grünen positiv und eines CDU-Abgeordneten negativ, fehlt mir der Glaube, dass das Schülern einfach so im Überschwang passiert ist. Und bitte, von welcher Schule sind denn diese Schüler einer

Eine Diktatur und einen starken Mann wünschen sich nicht nur Rechtsextreme. Der Sozialdarwinismus ist auch Bestandteil der Marx'schen Weltanschauung.

Die unterschwellige Gleichsetzung von rechtsradikalen Parteien mit christlichem Glauben ist tendenziös und nicht an Fakten orientiert.

Schülerzeitung, die in ihrer Auflage weit vor den meisten Tageszeitungen liegt? In derselben Ausgabe wird zwar einmal ein CDU-Politiker neutral zitiert, aber gleich auf derselben Seite die „CDU-Stadtratsfraktion“ heftig kritisiert, da sie als einzige Partei in Chemnitz die Unterschrift unter eine Erklärung im Sinne der SOR verweigerte. (Q2:4). Derselbe Vorgang wird andernorts noch CDU-kritischer und ausführlicher gezeichnet (KJ 30). Dass die Bundesfamilienministerin der CDU als Schirmherrin des Christival fungierte (Q4: 11) wird ebenso kritisiert, wie die Tatsache, dass der EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber dort war (Q4: 11).

Ein starkes Stück ist der Abschnitt „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ (HbG, Teil B, 87-90). Darin heißt es: „Mit dem Terminus ‚Rechtspopulismus‘ werden diejenigen Parteien in Europa bezeichnet, die sich auf wertkonservative, vor allem christliche Traditionen berufen.“ Ein Schelm, wer da an

CDU/CSU und verwandte Parteien in Europa denkt! Die dann später im Text tatsächlich genannten Beispiele ‚Liste Pim Fortuyn‘ (Niederlande) und ‚Partei Rechtsstaatlicher Offensive‘ (Hamburg) des Ronald Schill hatten nun wirklich weder in Theorie noch im Lebensstil irgendeine christliche Ausrichtung.

Entweder werden hier die großen christlichen Parteien Europas in ein schlechtes Licht als Rechtspopulisten gerückt, oder aber das Christentum wird durch seine vermeintliche und erfundene Beziehung zu Parteien, die die Mehrheit der Europäer ablehnt, in ein schlechtes Licht gerückt. Umgekehrt ist auch die unterschwellige Gleichsetzung von rechtsradikalen Parteien mit christlichem Glauben tendenziös und nicht an Fakten orientiert. Eine nun wirklich nicht nachweisbare Nähe der NPD zum Christentum wird suggeriert, indem man das Banner auf einer NPD-Demonstration „Gott mit uns!“ abbildet (HRel 37). Das zusätzliche „Und alles für Deutschland“ ist halb ausgeblendet. Der Gott der Neonazis ebenso wie der Gott Hitlers ist jedenfalls wahrhaftig nicht der christliche Gott, wie ich in meinem Werk ‚Hitlers Kriegsreligion‘ zu zeigen versucht habe, zumal die Berufung auf Gott bei der NPD eine Ausnahmeerscheinung ist. In den USA mag es ja eine vage Berufung von KuKluxKlan auf den Gott der Weißen geben, in Deutschland sind die NPD

oder die (seit 2007 schon nicht mehr existierende) Partei Rechtsstaatlicher Offensive so wenig christlich wie die FPÖ (oder die von ihr abgespaltene Haider-Partei BZÖ) in Österreich. Andernorts verweist doch SOR selbst darauf, dass der Rechtsextremismus in seiner Darstellung des Christentums immer den Antisemitismus durchschimmern lässt und eher „den Kelten- und Germanenkult als eine Art Ersatzreligion“ (HRec 14) verwendet.

Religionen und Homophobie

Das häufigste Thema von SOR ist ‚Homophobie‘. Die Warnung vor Diskriminierung von Homosexuellen nimmt viel mehr Raum ein als die Warnung vor Rassismus (z. B. Q1:4; Q2: 8; Q3: 5; Q4: 11; HbG, Teil B, Abschnitt „Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung“; HSex ganz). Das Thema scheint die eigentliche Agenda von SOR zu sein, völlig unabhängig, wie man dazu steht. Es ist diese Thematik, die vor allem seit dem eingangs von SOR selbst beschriebenen Kurswechsel von 2001 hinzugekommen ist.

Die Texte zum Thema sind wenig sachlich, sehr polemisch und verwenden gerne eine viel drastischere Sprache als im Falle von Rassismus. Homophobie „macht vielen Homosexuellen das Leben zur Hölle“ (Q1: 4), heißt es, oder pauschal: „Ich habe mir selten solch wüste Beschimpfungen anhören müssen, wie in der Bayernmetropole München“ (Q2:8). Menschen, die Homosexualität für falsch halten (aus welchen Gründen auch immer), aber Homosexuelle tolerant behandeln, werden durchgängig mit Gewalttätern in einen Topf geworfen (z.B. HSex 3). Zudem wird unterstellt, dass diese „Homophobie“ „tiefgründig und meist unbewusst jedoch mit Angst in Bezug auf Unsicherheiten in der eigenen Identität einhergeht“ (Q3:5). Wer bitte hat das untersucht und belegt?

Schuld an der Homophobie sind immer diejenigen, die Homosexualität offiziell für ethisch zu verwerfen halten. Ich glaube, hier geht SOR gegen die Falschen vor. Denn insgesamt dürfte an Beleidigungen oder Gewalt weniger eine offiziell artikulierte Homophobie schuld sein als eher ein latentes und unausgesprochenes Unverständnis, dass unter Schülern leicht zu Spott führt, selten aber etwa beinhaltet, dass der Spötter aus ethischen Gründen Homosexualität an sich für verkehrt hält.

Der Homophobievorwurf ist in den meisten Veröffentlichungen von SOR

gegen die Religionen gerichtet. So heißt es: „Manche Jugendlichen wollen nicht einsehen, dass sie Unrecht tun, weil sie glauben, ihre Religion schreibe es ihnen vor, sich gegen Homosexuelle zu wenden.“ (HSex 3). Welche Religion lehrt denn, man solle sich „gegen Homosexuelle ... wenden“? Ist das etwa das, was der Papst vertritt?

Die angesprochenen Religionen lehren, dass praktizierte Homosexualität wie viele andere Dinge moralisch falsch oder nicht erstrebenswert ist, nicht aber, dass der einzelne Gläubige mit Wort oder Tat handgreiflich werden oder gar das Gewaltmonopol des Staates missachten sollte. Es gehört doch zu den Grundlagen unseres Staates, dass Moral und Recht getrennt sind. Ich kann sehr wohl das Recht des Staates respektieren und dennoch persönlich eine andere moralische Auffassung haben.

Was gerne übersehen wird: Christliche Eltern, die ihren Kindern vermitteln, dass Sexualität nur in die Ehe gehört, erziehen ihre Kinder auch dazu, andere Menschen zu lieben und keine Gewalt gegen andere Menschen anzuwenden, gegen heterosexuelle ‚Ehebrecher‘ ebenso wenig wie gegen Homosexuelle. Deswegen bekämpft SOR schnell die Falschen, statt sich mit solch friedlichen Schülern gegen Diskriminierung zu verbünden, die sehr wohl im christlichen Sinne zwischen ihrer persönlichen Moral und den geltenden Gesetzen bzw. dem friedlichen Umgang mit Andersdenkenden unterscheiden können.

Die Religionen

Im Material von SOR nimmt leider nicht der eigentliche Rassismus den größten Platz ein, auf Platz 2 steht vielmehr die sexuelle Orientierung und auf Platz 1 die Religion. Zwei der vier Hefte sind dem Thema Religion gewidmet, in den Handbüchern kommt es breit vor, in den Zeitungen Q-rage in jeder Ausgabe. Wird dadurch an sich schon eine gewisse enge Verbindung von Religion und Rassismus nahe gelegt, gilt dies erst recht angesichts der Tatsache, dass die Autoren durchgängig Religion recht kritisch und dem Christentum sehr kritisch gegenüberstehen.

Was aber haben Schüler dunkler Hautfarbe, was haben Afrikaner und Asiaten, die diskriminiert werden, von all diesen Materialien? Werden sie wirklich aus religiösen Gründen diskriminiert? Ich

will ja nicht leugnen, dass eine Ursache des Rassismus im Religiösen liegen kann, aber dass hier eine zentrale Ursache der Probleme auf unseren Schulhöfen liegt, scheint mir an der Wirklichkeit vorbeizugehen. Und schon gar nicht scheint mir das am meisten gescholtene Christentum im Zentrum des schulischen Rassismus zu stehen, eher schon der Islam, gleichermaßen als Opfer und als Täter.

Ich möchte sogar noch weiter gehen: Der größte Teil des Rassismus und der Diskriminierung dürfte nicht in greifbaren weltanschaulichen Positionen verwurzelt sein, sondern einfach im Ablehnen des Fremden. Ob etwa die weltweite Verunglimpfung der Sinti und Roma in irgendeiner Weltanschauung verwurzelt ist, ist fraglich, trotzdem ist sie real und wirksam. Nur dass der einzelne Täter oft gar nicht so genau weiß, warum er eigentlich so denkt oder handelt, geschweige denn sich schon zusammenhängend mit der Thematik beschäftigt hätte.

Frauen und Religion

Im Abschnitt „Frauen und Religion“ (HRel 25-27) ist die Darstellung sehr unausgewogen. Zum Christentum wird fast nur Negatives berichtet (HRel 26), da die Darstellung vor etwa 200 Jahren abbricht. Zur Gegenwart heißt es nur, die katholische Kirche mache weiter wie früher, aber bei Protestanten gebe es die Frauenordination. Der Leser erhält keinerlei Möglichkeit nachzuvollziehen, wofür die christlichen Kirchen in Deutschland denn heute stehen. Das aber ist doch, was auf dem Schulhof heute zählt. Mager, mager!

Im Gegensatz dazu wird ausgerechnet zum Islam gesagt, dass man sehr stark differenzieren müsse und man den Eindruck gewinnt, dass man eigentlich nichts Verbindliches sagen könne (HRel 25). Außerdem sei vieles Frauenfeindliche nicht islamisch, sondern vorislamisch (HRel 25) – als wenn eine nichtmuslimische oder muslimische Schülerin oder Lehrerin, die in Deutschlands Schulen von Muslimen diskriminiert wird, dadurch getröstet würde, dass es sich um eine Haltung handelt, die vor über 1600 Jahren entstand. Alles wirkt sehr verharmlosend, und das, wo heutzutage sicher mehr Probleme Frauen gegenüber von islamischen als von christlichen Strömungen ausgehen. Es ist gut zu differenzieren und gut, Muslime vor billigen Pauschalierungen zu schützen (siehe mein Buch ‚Feindbild Islam‘). Aber dann sollte das doch bitte auch für das Christentum und das Judentum gelten!

Im Übrigen hätten die Verfasser von HRel auf die Ergebnisse der Untersuchung von SOR mit etwa 1000 SchülerInnen zurückgreifen sollen (KJ 45-47). Dann hätten sie besprochen, wie es kommt, dass es gerade an Haupt- und Berufsschulen oft zu einem Zusammenstoß des männlichen Dominanzverständnisses unter muslimischen Jungen und dem emanzipierten Rollenverständnis von Lehrerinnen kommt (KJ 46). Besonders tendenziös ist in HRel der Abschnitt „Religiöse Diskriminierung – Intoleranz und Gewalt“ (HRel 31-34). Er beginnt mit der Behauptung: „Religion und Gewalt sind schwer voneinander zu trennen.“ (31). Wieso eigentlich? Milliarden Menschen bekommen das doch hin! Die katholische Kirche hat 1 Milliarde Mitglieder und ist doch nirgends gewalttätig, oder? Das mag ja in der Geschichte anders gewesen sein, aber für den Schulhof zählt doch das hier und heute! Das schreibe ich als Nachfahre von Hugenotten, die vor 300 Jahren von Katholiken vertrieben wurden – das soll heute noch für mich von Belang sein? Solche billigen Vorurteile gegen Religion helfen sicher nicht, Rassismus auf unseren Schulhöfen einzudämmen, sie fördern ihn eher.

Zudem gibt es ja auch viele religiöse Schüler, die tolerant mit ihren Mitbürgern umgehen, ja solche, die sich aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren oder Freundschaften über klassische Barrieren hinweg pflegen. Sie alle haben keinen Generalverdacht verdient, nur weil sie religiös sind. Das gilt übrigens auch für die 20.000 Teilnehmer des Christivals (Q4:11), denen zudem bei völliger Friedfertigkeit pauschal Gewaltbereitschaft unterstellt wird, obwohl sie es doch waren, die vor linksextremen Randalierern von der Bremer Polizei geschützt werden mussten (und gut geschützt wurden). Selbst wenn man die Veranstalter angreifen möchte: Deswegen kann man doch nicht automatisch unterstellen, dass alle Teilnehmer aus praktisch allen in Deutschland bestehenden Kirchen und ihre mitgebrachten Freunde aller Art ebenso wie die Veranstalter denken. Und schon gar nicht kann man ihnen unterstellen, dass sie in den Schulen unangenehm als Rassisten auffielen.

Plumpe religiöse Ressentiments

Verheerend ist, wie der Abschnitt zum Judentum beginnt: „Wenn man will, so kann man die jüdisch-israelitische Geschichte bis zur Zerstörung des zweiten Tempels durch den römischen Feldherrn und nachmaligen Kaiser Titus 70 auch als eine Geschichte fortwährender Kriege beschreiben. Und das

alles im Namen Jahwe des Einzigen, der in den Zehn geboten (sic!) formulierte: „Du sollst keine anderen Götter neben mir haben. Israel heißt wörtlich aus dem Hebräischen Gott streitet. Und so stritten die alten Israeliten ständig mit ihrer Umwelt.“ (HRel 31) Und so geht es weiter bis zu den Ultraorthodoxen in Israel heute. Das grenzt schon fast an Antijudaismus! Hier hat wohl jemand sein Mütchen gekühlt. Und das, obwohl der nächste Abschnitt „Antijudaismus“ lautet und viele Abschnitte zum Judentum andersorts rein referierend und nicht zu beantworten sind (z. B. KJ 38-39).

Und warum – wenn es denn schon sein muss – steht dann beim Islam nichts Entsprechendes? Warum beginnt die Darstellung zum Islam damit, dass er vom Selbstverständnis her „keine aggressive und kriegerische Religion“ (HRel 34) sei? Warum findet sich nichts zum Jihad, zu Selbstmordattentaten oder zur Lage im Iran, was man ja durchaus differenzierend mit innerislamischen Abgrenzungen von solch religiöser Gewalt gemeinsam darstellen könnte?

Wenn kürzlich eine Umfrage ermittelt, dass 26% aller Muslime in Deutschland unter 25 Jahren antisemitisch orientiert seien und etwa der Aussage zustimmen, jüdische Menschen seien überheblich und geldgierig, wäre es eine interessante Frage, wie man sie vom Gegenteil überzeugen kann. Alle Schulen sind hier an guten Argumentationshilfen und Projektideen interessiert. Was aber SOR selbst über das Judentum schreibt, wird nicht dazu beitragen. (Der Abschnitt „Antisemitismus“ in HbG, Teil B erwähnt immerhin den islamischen Antisemitismus.)

Islam hui, Christentum pfui

Benso einseitig ist die Darstellung des Christentums (HRel 32-33). Die Nächstenliebe sei nur „die Schokoladenseite des Christentums“ (HRel 32), nicht aber die Realität. Schon Jesus habe fehlende Feindesliebe an den Tag gelegt. In abenteuerlicher Privatauslegung von Jesus- und Pauluszitaten werden die Kreuzzüge als christlicher Normalzustand und im Neuen Testament verankert dargestellt. Und dass das Zitat „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, das schon bei Paulus angelegt sein soll (HRel 32), gar kein christliches Zitat ist, wird der unbedarfte Leser auch nicht wissen. Die Darstellung der Diskriminierung durch Christen endet bei Kreuzzügen, Inquisition und Bartholomäusnacht und dann dem Hinweis auf den Nordirland-Konflikt. Und das – um

es noch einmal zu wiederholen –, wo im anschließenden Absatz zum Islam betont wird, wie friedlich und tolerant der Islam zum Teil war. Nirgends wird gefragt und dargelegt, was die christliche Theologie heute will.

Dieselbe Parteilichkeit wird beim Abschnitt „Religiöser Fundamentalismus – Heute“ (HRel 35-37) deutlich. Zum einen wird vor dem schillernden Begriff ‚Fundamentalismus‘ gewarnt. Unter „Christlicher Fundamentalismus“ wird zunächst die protestantische Variante beschrieben, wobei eher Klischees geliefert werden als das, was die neuere Forschung darstellt. Außerdem wird ausschließlich der amerikanische Fundamentalismus dargestellt. Das Gesagte passt weder auf den deutschen Evangelikalismus oder gar Fundamentalismus noch auf die evangelikale Bewegung weltweit, die sich zu 80% im globalen Süden findet und weltweit gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv ist.

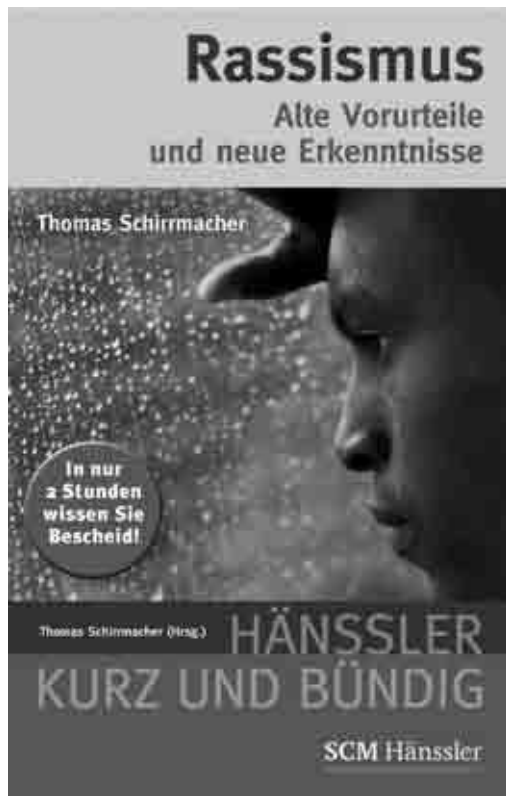
Dass selbst die Informationen über die USA abgeschrieben sind und nicht von Amerika-Kennern stammen, zeigt die Aussage: „Eine neuere Ausprägung des christlichen Fundamentalismus ist die amerikanische Religiöse Rechte.“ (HRel 36). Die Religiöse Rechte ist bereits am Abklingen und umfasste bis etwa 2000 konservative Kräfte aus dem protestantischen, katholischen und jüdischen Lager, ja teilweise auch Mormonen und andere Sondergruppen. Nur anfänglich waren Protestanten hier allein bestimmend, dann kamen viele der führenden Köpfe auch aus der katholischen Kirche und dem Judentum. Was dann als Kennzeichen dieses Fundamentalismus aufgelistet wird, steht eher für das Programm des konservativen Lagers in den USA, z. T. sogar für die amerikanische Mehrheit, z. B. „Kapitalismus, ..., Waffenbesitz, Religionsfreiheit ... und Amerika als dem Gelobten Land“ (HRel 36). Immerhin stimmen die Hälfte der demokratischen Abgeordneten ebenfalls für den Irakkrieg, und den vier genannten Zielen dürfte auch ein Präsident Obama zustimmen.

Katholische Fundamentalisten werden abschätzig als selbsternannte Glaubenswächter beschrieben. Zwar werden nur bestimmte Gruppen genannt, aber was dort als gemeinsame Kennzeichen beschrieben wird, dürfte für weite Teile des Katholizismus im globalen Süden ebenso wie für den Papst selbst gelten.

Nun ist man auf den islamischen Fundamentalismus gespannt. Unter

„Islamischer Fundamentalismus“ (HRel 37) findet sich nur eine historische Darstellung, keine Kritik und kein Verweis auf dessen Gewalttätigkeit. Al-Qaida, Hisbollah und Hamas laufen nicht unter ‚Islamischem Fundamentalismus‘, sondern unter „Politischer Fundamentalismus“, und man liest mit Erstaunen dazu: „Im späten 20. Jahrhundert erlangten einige fundamentalistische Bewegungen mit oft nur nominell religiösen Motiven vor allem wegen ihrer Verbindung mit Gewalt und Terrorismus weltweite Aufmerksamkeit.“ (HRel 37). Ist Al-Qaida nur nominell religiös?

In HJug 27 wird etwa Bushidos Bewunderung Osama Bin Ladens und des 11. Septembers beschrieben, dann aber heißt es: „Tatsächlich geht es aber bei solchen Aussagen nicht um militant-islamistische Weltanschauungen oder den Islam an sich.“ Wer sagt das? Hat diese These eigentlich jemand wissenschaftlich untersucht? Und dann geht es weiter: „Vielmehr spricht Bushido die Fantasien pubertierender Jungs und junger Männer an, die sich auf ihrer Suche nach Identität und Perspektive in der Gesellschaft als Verlierer erleben. Ihnen suggerieren Rapper wie Bushido Stärke, Macht und die Autonomie des Outlaws im viel besungenen Ghetto. Wenn schon ganz unten, dann wenigstens obenauf – oder in den Worten Bushidos: ‚Wir stürzen ab und ich fickte die Stewardess.‘“ Ist das nicht eine ungeheuerliche Verharmlosung von Gewaltaufrufen gegen Andersdenkende und eine schlimme Frauenfeindlichkeit? Wenn ein Sänger Gewalt besingt oder Sexualität mit Minderjährigen verherrlicht, ist das schlimm genug. Aber wenn er konkret geschehene Gewalt seinen Anhängern gegenüber preist und religiös überhöht, müsste ‚Schule ohne Rassismus‘ protestieren und nicht davon sprechen, dass damit nur gefrustete Pubertierende (also Schüler) beeindruckt werden sollen. Und wenn schon gefrustete Pubertierende: Warum kann das dann nur für Muslime als Entschuldigung dienen, nicht für alle Schüler, die diskriminieren? (Dabei



ist HJug über Islam und Islamismus insgesamt recht gut und besser als die religionsvergleichenden Texte von SOR.)

Nochmals Bushido. SOR wendet sich massiv gegen ein Verbot für „Frauchenverachtende, homophobe und teilweise auch rassistische und nationalistische Musik“ (Q3: 3) – übrigens eine quasi-amtliche Mitteilung, die den Anschein einer Schülerzeitung widerlegt. Als Beispiel für solche Musik heißt es: „Die zwei Gesichter des Rap zeigen sich bei dem bösen Buben Bushido“ (Q3: 3). Aber die böse Seite ist eben überlagert davon, dass sich Bushido über soziale Fragen Gedanken macht und die „(Ohnmachts-) Gefühle der Kids“ trifft (Q3: 3). Überhaupt gilt beim gewaltverherrlichenden Rap: „Die Freiheit der Kunst ist auch dort zu verteidigen, wo einem die Inhalte nicht passen.“ (Q3: 3). Ist das so einfach, wenn man Rassismus in der Schule bekämpfen will?

Erst auf dem Hintergrund der ungleichen Darstellung von Christentum und Islam verstand ich, dass es kein Zufall war, dass in der neuesten Ausgabe von Q-rage evangelikale Christen scharf angegriffen und als demokratiefeindlich bezeichnet wurden (Q4: 11), während etwas vorher die Geschichte einer jungen Konvertitin zum Islam geradezu werbend positiv dargestellt wird (Q4: 3: „In diesem Jahr wird Stefanie selbstsicher, fröhlicher, ausgeglichener und zufriedener.“) und eine muslimische Rapperin für das Tragen des Kopftuches werben darf (Q4: 4; weitere Beispiele Q2: 4 und 5). Dass es die Evangelikalen traf, ist wohl eher Zufall, gemeint ist ansonsten überall das Christentum an sich. Ich empfehle einen direkten Vergleich der beiden vollen Seiten in Q-rage (Q4: 3+11). Bei den Evangelikalen werden genau die Elemente als Kennzeichen des Fundamentalismus beschrieben, die beim Islam positiv hervorgehoben werden. So wird beim Christival kritisiert, die evangelikalen Jugendlichen würden

nur noch unter sich bleiben (was Unsinn ist), beim Islam, dass Stefanie in der Moschee neue Freunde gefunden habe, die sich wirklich um sie kümmern und dass ihr der neue Trennstich zwischen Muslimen und Anderen Sicherheit verleihe. Der ethisch begründete Lebensstil der evangelikalen Jugendlichen wird lächerlich gemacht, aber Stefanie gibt „alte Gewohnheiten“ wie „Partys, Diskos, Alkohol und Jungs“ auf und kann sich trotzdem amüsieren. Stefanie darf unbekümmert von „Sünde“ sprechen, die Sicht der Evangelikalen ist „schlicht nicht akzeptabel“. Christliche Mission wird verurteilt, islamische Mission – etwa die der „salafitischen Missionare“ (Q4: 3) – kommt vergleichsweise gut weg (Q4: 3 als Auszug aus HJug 10-12). HJug: 12 bietet eine gute Anleitung, wie man Muslim wird, vorausgesetzt man wird kein Islamist (HJug: 13+14).

Dass der Islam bei der religiösen Diskriminierung von Homosexuellen wesentlich besser wekommt (HSex 23) als die katholische Kirche (HSex 22), wundert da nicht, obwohl die katholische Kirche die völlige Gewaltlosigkeit in solchen Fragen vertritt, während es islamische Länder sind, in denen nach wie vor auf Homosexualität die Todesstrafe steht (das hätte man ja durchaus auch hier anführen können, so wie es etwa im Untertitel der Karte in HSex 11 erwähnt wird), und es eher muslimische als katholische Schüler sind, die auf unseren Schulhöfen Homosexuelle drangsaliieren.

Zu allen Äußerungen von SOR zu Religionen ist zu sagen: Von soliden, religionswissenschaftlich abgesicherten Darstellungen sind viele Texte weit entfernt. Die jeweiligen Autoren präsentieren eher ihre Auswahl und Bewertung der Religionen. Selten werden sich Anhänger einer der Religionen in den Beschreibungen wiederfinden. Auch hier gilt: Als private Meinungsäußerung mag das alles angehen und von der Meinungs- und Pressefreiheit gedeckt sein. In einem Land mit Religionsfreiheit darf man eben auch frei sagen, was man von den Religionen hält. Aber als bewusst überparteiliche Bewegung an vorwiegend staatlichen Schulen, die mit Steuergeldern auch überparteilicher Institutionen finanziert wird, müsste man hier sowohl mehr Fachwissen als auch mehr Neutralität erwarten.

Ergänzt sei: KJ von 2006 gehört zu den besten Materialien von SOR, thematisiert es doch etwa auch zum Stichwort

„Islamismus“ (KJ 45-47), dass unter Schülern die ethnische Majorität die Minorität dominiert, was dazu führt, dass sich an „Berufs-, Haupt- und Gesamtschulen“ „Schüler deutscher Herkunft von Schülern mit Migrationshintergrund (russisch, arabisch und türkisch) unterdrückt fühlen“ (KJ 47) und dass dies gerade die Gefahr birgt, dass solche deutschen Schüler für rechtsextremistische Botschaften offen sind. Auch wird darauf hingewiesen, dass „LehrerInnen an einigen Schulen mit hohem Anteil muslimischer Jugendlicher das Thema Juden nach Möglichkeit gar nicht mehr ansprechen“ (KJ 47).

Rechts = religiös, links = humanistisch?

Im Vorwort des Heftes „Religion“ (HRel) wird kritisiert, dass in der Geschichte Religionen meinten, die Wahrheit zu besitzen. „Immer wieder wurden Versuche gestartet, die Anderen von der eigenen Sicht zu überzeugen, sie zu missionieren. Klappte dies nicht, wurde mit Gewalt nachgeholfen ...“ (HRel 3) Immer? Davon, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wie der Europäische Menschenrechtskatalog friedliche Mission als Teil des Menschenrechts auf Religionsfreiheit sieht, scheint der Verfasser noch nie gehört zu haben.

Fragt man sich, welche Religion die Autoren des Heftes „Religion“ denn wohl empfehlen würden, dürfte man im Abschnitt „Religionskritik: Humanismus und Toleranz“ (HRel 38-40) fündig werden, wo sehr wohlwollend und ganz im Gegensatz zur Darstellung der Religionen Toleranz und Humanismus praktisch in eins gesetzt werden. Denn „Die Grundlagen des Humanismus sind die modernen Wissenschaften.“ (HRel 38). Der Abschnitt gipfelt in dem – steuerfinanzierten – Schlusssatz über die „Humanisten“, wie er etwa unter www.lebenskunde.de zum Ausdruck gebracht wird: „Sie schützen die Freiheitsrechte des Individuums gegen mächtige Ansprüche von Staaten und Religionen. Es ist die letzte Basis, die letztlich religiöse Diskriminierung zurückdrängen kann. Durch die Kritik an fundamentalistisch verstandener Religion, die die Freiheits- und Gleichheitsrechte der Einzelnen einschränkt, ist ein tolerantes Miteinander möglich.“ (HRel 40)

Die Zukunft der Menschenrechte liegt also darin, dass die toleranten Nichtreligiösen die Machtansprüche der Religionen zurückdrängen können? Die Religionen selbst haben also nirgends in der

Geschichte ihrerseits die Machtansprüche Nichtreligiöser zu Recht bekämpft? Humanisten sind nie in der Geschichte intolerant gewesen? Und es sind die mutigen Humanisten allein, die Menschen vor den Machtansprüchen „von Staaten“ schützen? Hier wird doch geradezu missionarisch ein rosiges Bild der säkularen Humanisten gezeichnet, die die letzte Bastion der Freiheit sind. Christen wollen mit Humanisten und allen anderen Menschen gemeinsam an einer freien und gerechten Welt bauen, aber das geht nur ohne solche weltanschaulichen Pauschalurteilungen.

Und ob die katholischen Schulen, die bei SOR mitmachen, dieses Ergebnis gelesen haben? Ob sich die CDU-Politiker, die SOR unterstützen, oder ob ‚Christinnen und Christen in der SPD‘ mit solchen Zielen einverstanden sind? Angesichts solcher Aussagen ist es sicher kein Zufall, dass von SOR Material des Humanistischen Verbandes Deutschlands empfohlen wird (z. B. HbG, Teil B, Abschnitt „Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung“), nicht aber das Material einer Religionsgemeinschaft, etwa kirchlicher Stellen, zum Thema Asyl.

Politische Ausrichtung

Eberhard Seidel war von 1997 bis 2000 Meinungsredakteur der taz, anschließend bis 2002 Leiter des Inlandressorts der taz. Seitdem ist er Geschäftsführer von SOR. Beim Übergang zu seiner neuen Tätigkeit ist es ihm nicht gelungen, zu einer überparteilichen Sicht und Sprache zu wechseln. Und wenn SOR kritisiert wird, ist es meist federführend die taz, die die Verteidigung übernimmt, wie viele Artikel gegen Evangelikale nach deren Protesten gegen Q-rage 4 zeigen. Dass das ganze Projekt mit dem politischen Blickwinkel der taz (als Förderer etwa in Q2: 12), verwandt mit der überall fördernd auftretenden GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), gut gekennzeichnet ist, wird immer wieder deutlich, etwa wenn das zwei- oder dreigliedrige Schulsystem als den Rassismus fördernd angesehen wird: „Die gegenwärtige Schule hat Mühe dagegen zu steuern, ist sie doch oft selbst Teil des Systems der Ausgrenzung. Sie teilt ein in die verschiedenen Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) und siebt mit Hilfe der Zensuren die Spreu vom Weizen.“ (HbG, Teil B, S. 3)

Als Meinungsäußerung aus einer bestimmten politischen Sicht ist das alles sicher vom Presserecht geschützt. Aber dem Anspruch, überparteilich alle Kräfte zum toleranten Miteinander zusammenführen zu wollen, kann das keinesfalls genügen. Dieser leitet sich aber daraus ab, dass man sich von staatlichen Organisationen auf Bundes- und EU-Ebene finanzieren lässt, die zur parteipolitischen Zurückhaltung verpflichtet sind. (Zudem schließt die Meinungs- und Pressefreiheit natürlich nicht aus, dass andere darauf aufmerksam machen, welche Positionen SOR denn im Gesamtbild vertritt, wie ich es hiermit tue.)

Nach dem mehrfachen Lesen des gesamten Materials von SOR muss man einfach zu dem Schluss kommen: Die Autoren kommen – so weit ich das nachvollziehen kann – alle aus dem gleichen politischen Bereich und sprechen eine ähnliche Sprache (s. z. B. HbG, Teil, D, S. 5). Bereits die Sprache und die Positionen, für die andere große Tageszeitungen stehen, wie ZEIT, WELT, FAZ, kommen eigentlich nicht vor.

Lässt sich denn kein parteiübergreifender Weg finden, Rassismus zu bekämpfen?

SOR ist also insgesamt politisch sehr eindeutig positioniert. Eine parteiübergreifende Initiative gegen Rassismus oder gar eine Initiative, die alle dieses Anliegen teilenden gesellschaftlichen Gruppen eint, kann SOR schlechterdings nicht genannt werden. Sie nutzt die Rassismusproblematik, um politische und ethische Gegner in ein schlechtes Licht zu stellen, die des Rassismus völlig unverdächtig sind. Nirgends wird dagegen eine politisch linksgerichtete Organisation kritisiert.

Ergebnis

Ich komme zu dem Schluss, dass SOR offensichtlich unter dem Deckmantel der großen Bereitschaft, etwas gegen Rassismus in unserem Land und an unseren Schulen zu unternehmen, und im Anschluss an ein europäisches Projekt, dass tatsächlich vor allem Rassismus bekämpft, eine ganz eigene Agenda verfolgt. Dass an den Schulen selbst die Aktion vermutlich eine eindeutiger Zielsetzung gegen das beinhaltet, was man gemeinhin ‚Rassismus‘ nennt, soll einmal unterstellt werden. In den Materialien der SOR spielt dagegen der eigentliche Rassismus eine untergeordnete Rolle. Er wird überwiegend den Religionen, allen voran dem Christentum zugeschrieben, sowie

einseitig als Problem rechter Positionen von der CDU bis zu rechtsradikalen Gruppen angesehen. Themen wie sexuelle Orientierung und eine verharmlosende Sicht von Problemen im Umfeld des Islam nehmen rein platzmäßig einen viel größeren Raum ein als das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft.

Diese Ausrichtung von SOR wird besonders deutlich, wenn man SOR mit den vier parallelen Projekten in den anderen europäischen Ländern vergleicht. In Österreich (<http://asyl.at/sor/material/index.html>), in den Niederlanden (<http://www.tijm.nl/>), in Belgien (<http://www.ecolesansrassisme.be/> und <http://www.schoolzonderracisme.be/>) und in Spanien (<http://www.acpp.com/>) geht es überall um die klassischen Themen rund um Rassismus und das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft. Die Religionen oder die sexuelle Orientierung kommen als eigene Themen gar nicht vor.

Was ich bezwecke

Ich möchte,

- dass die Schulen selbst SOR in Deutschland in eine andere Richtung drängen, den eigentlichen Rassismus zum Hauptthema zu machen,
- dass die vielen Patinnen und Paten, hochrangige Politiker und bekannte Persönlichkeiten wie Schauspielerinnen und Fußballer, SOR in Deutschland bewegen, den eigentlichen Rassismus zum Hauptthema zu machen,
- dass die beteiligten CDU- und CSU-Politikerinnen und Politiker unter den Patinnen und Paten (z. B. KJ 71-73) in Kultusministerien (etwa in Niedersachsen, wo das Ministerium die Landeskoordination inne hat), in den finanzierenden Behörden wie dem Bundespresseamt, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) oder der Bundeszentrale für politische Bildung sowie bei dem Vorsitzenden der Aktion Courage e.V., dem CDU-Politiker Heiner Geißler, dafür Sorge tragen, dass SOR für Menschen aller demokratischen politischen Richtungen da ist und alle gesellschaftlichen Kräfte, etwa auch die völlig vernachlässigten Kirchen, einbezieht und nicht so tut, als ob man politisch links stehen und eine Sprache der linken Community sprechen muss, wenn man wirklich gegen Rassismus sein wolle.

SOR schreibt auf die Frage: „Wo steht Ihr politisch?“ „Wir stehen weder rechts noch links, noch in der Mitte. Das Anliegen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage sollte Aufgabe aller Demokraten sein. Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien unterstützen unser

Anliegen, ebenso Vertreter von Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften.“ (Webseite und HJug 57). Das mag ja stimmen, aber unterstützt SOR auch das Anliegen aller Parteien oder etwa Glaubensgemeinschaften? Ich glaube, dass SOR den Scheck dieses Satzes nicht einlöst.

Mein Wunsch ist, dass sich SOR wirklich auf einen alle demokratischen, politischen und weltanschaulichen Meinungen übergreifenden Konsens gegen Rassismus einlässt.

Verwendete Materialien

HbG: Handbuch Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Grundstufe. SOR-SMC: Berlin, 2004 (Ringordner)

HbS: Handbuch Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Sekundarstufe. SOR-SMC: Berlin, 2004 (Ringordner) [wurde nicht verwendet, da leider vergriffen]

HJug: Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus. Themenheft. SOR-SMC: Berlin, 2008. 58 S.

HRad: Radio: Medien und Rassismus. SOR-SMC:

Berlin, 2005. 48 S.

HRec: Rechte Musik und Symbolik. Themenheft. SOR-SMC: Berlin, 2008. 48 S.

HRel: Religion. Themenheft. SOR-SMC: Berlin, 2008. 48 S.

HSex: Sexuelle Orientierung: Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Themenheft. SOR-SMC: Berlin, 2007. 48 S.

KJ: Kinder und Jugendliche stärken demokratische Netzwerke. SOR-SMC: Berlin, 2006

Q1: Q-rage. 1. Ausgabe 8.12.2005. 8 S.

Q2: Q-rage. 2. Ausgabe 30.11.2006. 12 S.

Q3: Q-rage. 3. Ausgabe Schuljahr 2007/2008. 12 S.

Q4: Q-rage. 4. Ausgabe Schuljahr 2008/2009. 12 S.

Der vollständige Artikel ist abrufbar unter www.eak-cducs.de in der Rubrik: Download „Artikel aus Evangelischer Verantwortung“.



Prof. Dr. phil. Dr. theol. Thomas Schirrmacher ist Rektor und Lehrstuhlinhaber für Ethik am Martin Bucer Seminar (Bonn, Zürich).

Q-rage

Das Schülermagazin „Q-rage“ ist eine bundesweit erscheinende Publikation der Initiative ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ (SOR-SMC) des Vereins ‚Aktion Courage e. V.‘

‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ wird u. a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gefördert.

Seit Dezember 2008 wird der Artikel „Die evangelikalen Missionare“ (S. 11 der Q-rage-Ausgabe für das Schuljahr 2008/2009) kontrovers diskutiert. In diesem Artikel unterstellt „Q-rage“ evangelikalen Christen Intoleranz gegenüber Menschen anderen Glaubens und die Vermittlung zum Teil verfassungsfeindlicher Ideologien. Der entstandene Streit führte zu einer Entschuldigung seitens der Bundeszentrale für politische Bildung. In einer Pressemitteilung vom 15. Dezember 2008 hieß es, die Bundeszentrale halte den zuvor erschienenen Artikel „in seiner Einseitigkeit und Undifferenziertheit für gänzlich unakzeptabel.“ Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, führte aus: „Eine Gleichsetzung der evangelikalen Bewegung mit dem christlichen Fundamentalismus halte ich für unangemessen und nicht zutreffend.“

Weitere Informationen zum Projekt ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ finden sich auf der Website www.schule-ohne-rassismus.org.



Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG) – ungekürzte Studienausgabe

4., vollständig neu bearbeitete Auflage 2008

Hans-Dieter Betz (Hrsg.)

UTB/Mohr Siebeck Verlag

ISBN 978-3-8252-8401-5

Fadengeheftete Broschur, 9046 Seiten, 262 Abbildungen,

65 Karten und Pläne, 498,- EUR



Seit seiner ersten Auflage (1909-1913) gehört das Werk „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ – unter Fachkundlern kurz „RGG“ genannt – zu den bahnbrechenden und richtungsweisenden Lexika der Theologie. Doch bei der RGG hat es sich immer schon um weitaus

mehr als um ein bloßes Fachhandwörterbuch oder Speziallexikon gehandelt: Von Anfang an wollte man die Grenzen weiter stecken und das Verhältnis zwischen dem Christentum, den anderen Religionen und den kulturellen sowie geistigen Phänomenen in Geschichte und Gegenwart durch eine konsequent vergleichende, geschichtliche Betrachtung auf fruchtbare Weise neu bestimmen und verorten. Wie bei kaum einem anderen Werk spiegelt sich in den nun schon seit rund einem Jahrhundert währenden Neubearbeitungen der RGG das jeweilige theologische Verständnis der eigenen Zeit wider – gewissermaßen komprimiert und auf engstem Raume. In den Jahren 1927-1931 erschien die zweite Auflage, in den Jahren 1957-1962 die dritte. War der Abstand zwischen den Erscheinungsterminen bei den ersten beiden Auflagen noch relativ gering, so betrug er zwischen dem Abschluss der dritten und der vierten (1998-2005) mit 43 Jahren nun schon mehr als ein durchschnittliches Forscherleben. Seit kurzem liegt in einem preiswerten und handlichen Gewande die Studienausgabe der vierten Auflage vor, die, wie alle ihre Vorgängerinnen, eine völlige Neubearbeitung darstellt.

Nicht zu Unrecht wird im Verlagsprospekt mit dem Slogan „Der Mythos lebt“ geworben: Die neue RGG, bei der man im Titel den heutzutage vermeintlich missverständlichen Artikel weggelassen hat („Religion in Geschichte und Gegenwart“), hat an Monumentalität noch einmal zugelegt. Sie beinhaltet 15665 Artikel und Teilartikel von 3972 Autoren, die aus der Mitte des evangelischen Glaubens heraus, aber mit (gewohnt) weit über die engeren Fachgrenzen hinaus reichender Umsichtigkeit den Stand der Forschung zur Jahrtausendwende präsentieren. Noch nie zuvor war die RGG so international und ökumenisch ausgerichtet: Die Autoren stammen aus insgesamt 74 Ländern!

Die Fächer und Stichwortlisten wurden an die neuen wissenschaftlichen Gegebenheiten angepasst, dabei aber auch so manche, ideologische Mode, mitunter etwas über Gebühr, strapaziert (vgl. etwa die Art. Befreiung, Feminismus, Genderforschung, Migration etc.). Einige Stichworte haben gegenüber der vorhergehenden, dritten Auflage eine mehr als üppige und manchmal etwas zu sehr dem Zeitgeist frönende Ausweitung, andere hingegen einen nicht immer nachzuvollziehenden Schrumpfungsprozess erfahren. Die Güte des Dargebotenen hängt dabei naturgemäß auch von der entsprechenden Fähigkeit der einzelnen Fachautoren ab, komplexe Zusammenhänge in einer für die überwiegende „Laienleserschaft“ noch nachvollziehbaren Weise zu präsentieren. Hier sind beispielsweise die Beiträge des Tübinger

Systematischen Theologen Eilert Herms ein regelrechtes Ärgernis: Herms legt es in seinen Publikationen offenkundig immer wieder darauf an, sich den Nimbus des unverständlichen Gelehrten zu verschaffen, indem er aus zum Teil banalsten Aussageinhalten kryptische Satzmonster erstehen lässt. Das besonders Ärgerliche hieran ist, dass durch ihn als vielschreibenden Mitherausgeber einige interessante Zugänge unnötig verbaut werden.

Doch das sind letztlich – aufs große Ganze gesehen – zu verschmerzende Kleinigkeiten. Es dominieren eindeutig der Nutzen und die ausgesprochen enzyklopädische Freude, die dieses wahrhaftige Jahrhundertwerk dem interessierten Leser bereitet. Die vierte Auflage der RGG ersetzt nahezu eine ganze theologische Bibliothek und bietet durch die Fülle und Vielfalt ihrer Artikel (fast) alles, was das Herz diesbezüglich begehrt.

Empfehlung ★★★★★



Volker Resing:

Angela Merkel, Die Protestantin – Ein Porträt

St. Benno-Verlag GmbH, Leipzig 2009

ISBN 978-3-7462-2648-4

Geb., 160 Seiten, 9,90 EUR

Der katholische Journalist Volker Resing (Jahrgang 1970) beleuchtet die protestantischen Wurzeln von Angela Merkel. Dabei gelangen ihm interessante, überraschende und in der Öffentlichkeit zumeist wenig bekannte Einblicke in die Frömmigkeit bzw. das Glaubensverständnis der Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden. An einigen Stellen ist dieses Buch etwas oberflächlich recherchiert, leider auch ausgerechnet in Bezug auf den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK), der von Resing relativ nichtssagend als „Gruppierung“ (S. 62) apostrophiert wird. Auch ihre Zeit als EAK-Bundesvorsitzende und ihre Verbundenheit mit dem EAK bis zum heutigen Tage lässt sich wohl schwerlich adäquat mit dem von einem geheimnisvollen „damaligen Vertrauten“ überlieferten Urteil über den EAK („Zu abgehoben“) wiedergeben. Hier hätte der Autor zumindest einmal in die Bundesvorstandsprotokolle der damaligen Zeit schauen oder wenigstens auf der Internetseite des EAK richtig recherchieren sollen: Angela Merkel fremdelt nämlich keineswegs mit dem „politisch organisierten Protestantismus“ und die Rede aus dem Jahre 2003, mit der der Autor seine These belegen will, hat sie auch nicht „zum 40-jährigen Bestehen des EAK“ (S. 62), sondern auf der 40. Bundestagung (im 51. Jahr seines Bestehens) gehalten. An einigen Stellen verrät Resing obendrein auf unfreiwillige Weise, dass ihm auch ein tieferes Verständnis eben dieses politischen Protestantismus abgeht, z. B. auf S. 62/63 oder auf S. 95 in Bezug auf den sog. „Stammzellkompromiss“ mit der einseitigen und etwas flapsigen Wertung: „Natürlich (sic!) ist das ethisch eine ziemlich schiefe Angelegenheit.“ – Das Buch ist mit einem Vorwort von Lothar de Maizière versehen.

Empfehlung ★★★★★

Bernhard Felmberg zum neuen Bevollmächtigten der EKD gewählt

Im Februar 2009 hat **Dr. Bernhard Felmberg** das Amt des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union angetreten. Felmberg war von 2000 bis 2002 EAK-Bundesgeschäftsführer. Zusammen mit dem damaligen EAK-Bundesvorsitzenden **Jochen Borchert MdB** ist es Bernhard Felmberg zu verdanken, dass der EAK im beginnenden 21. Jahrhundert neues Profil gewinnen

und starke Impulse in vielen politischen Diskussionen setzen konnte. Von 2002 bis Anfang 2009 leitete Felmberg die Abteilung für Theologische Aus-, Fort- und Weiterbildung im Konsistorium der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO).

Für sein Amt wünschen wir Bernhard Felmberg viel Kraft, guten Erfolg und Gottes reichen Segen.



Der EAK auf dem 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen (20. – 24. Mai 2009)

4. Empfang des EAK im Rahmen des Kirchentages in Bremen am 20. Mai 2009 um 21.00 Uhr (Einlass 20.15 Uhr) im Bremer Ratskeller, Am Markt, 28195 Bremen.

Mit Grußworten von



Prof. Dr. Karin von Welck,
Präsidentin des 32. Dt. Ev. Kirchentages



Christian Wulff MdL,
Ministerpräsident von Niedersachsen



Bischof Dr. Wolfgang Huber,
Ratsvorsitzender der
Evangelischen Kirche in Deutschland

„Mensch, wo bist Du?“ (1. Mose 3, 9)

Besuchen Sie die gemeinsame Standpräsenz von EAK (Stand H38), CDA, RCDS, JU und Senioren Union auf dem „Markt der Möglichkeiten“ im Zelt Ü2d in der Überseestadt.

Aus organisatorischen Gründen erbitten wir Ihre Anmeldung für die Teilnahme am EAK-Empfang unter folgender Kontaktadresse: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030/220 70-432 | Telefax 030/220 70-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cducusu.de



*Herzliche Einladung zur 46. Bundestagung
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
am 12./13. Juni 2009 in Erfurt*

„Zukunft braucht Erfahrung – Chancen der demographischen Entwicklung“

Freitag, 12. Juni 2009

13.00 Uhr

Eröffnung der 46. EAK-Bundestagung
im Kultur- und Kongresszentrum
Kaisersaal in Erfurt



Thomas Rachel MdB,
Bundesvorsitzender des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU und
Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Bildung und
Forschung

Grußworte

Bundesarbeitskreissitzung mit Neu-
wahlen des EAK-Bundesvorstandes
(Delegiertenversammlung)

15.30 Uhr – 16.00 Uhr Kaffeepause



16.00 Uhr – 17.00 Uhr Rede der Bundeskanzlerin und Partei-
vorsitzenden der CDU Deutschlands
Dr. Angela Merkel MdB

17.30 Uhr – 18.45 Uhr Abendessen (fakultativ)

19.00 Uhr – 20.30 Uhr

**Theologisches Abendgespräch
„Alter ist ein Gewinn – Teilhabe
und Würde der älteren Generation“**



Dr. Hans Mikosch,
Propst der Evangelischen Kirche in
Mitteldeutschland und
Regionalbischof für Ostthüringen



Prof. Dr. Ursula Lehr,
Bundesministerin a.D.



Dr. Bernhard Worms,
Präsident der
Europäischen Senioren Union



Moderation:
Christine Lieberknecht MdL,
Ministerin für Soziales, Familie
und Gesundheit des Freistaates
Thüringen und stellvertretende
Bundesvorsitzende des EAK

ab 20.30 Uhr

**Abendempfang der CDU-Landtags-
fraktion im Garten des ‚Kaisersaals‘**



Grußwort des CDU-Fraktionsvorsitzen-
den **Mike Mohring MdL**

Samstag, 13. Juni 2009

08.30 Uhr – 09.30 Uhr

**Gottesdienst in der Kirche
des Augustinerklosters
Pfarrer Martin Lieberknecht**

anschließend gemeinsamer Gang
zum ‚Kaisersaal‘

10.00 Uhr – 11.00 Uhr

„Demographische Herausforderungen“



Rede des Ministerpräsidenten
des Freistaates Thüringen,
Dieter Althaus MdL

11.15 Uhr – 12.30 Uhr

„Altern – Neu Denken“



Vortrag des Direktors des Instituts für
Gerontologie der Ruprecht-Karls-
Universität Heidelberg,
Prof. Dr. Andreas Kruse

12.30 Uhr

Offizielles Ende der 46. EAK-Bundesta-
gung, anschließend Mittagessen
(fakultativ)

14.00 – 16.00 Uhr

Kulturelle Stadtspaziergänge in Erfurt
(fakultativ)

(Programmänderungen vorbehalten)

Vorab können Sie sich unter folgender Kontaktadresse anmelden:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030/220 70-432 |
Telefax 030/220 70-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cducu.de

Der Bundesvorstand des EAK zu Besuch in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

In seiner ersten Sitzung im 20. Jahr des Berliner Mauerfalls kam der Bundesvorstand des EAK am 18. Februar 2009 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zusammen. Diese Gedenkstätte hat sich in den vergangenen 15 Jahren zu einem der bedeutendsten und eindrucksvollsten Erinnerungsorte für die vielen Schrecken des Staatssicherheitsdienstes der DDR entwickelt. Dort, wo heute ehemalige Gefängnisinsassen als Zeitzeugen von ihren in der Stasihaft erlittenen Leiden berichten, befand sich seit den 50er Jahren die zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi. Hier wurden insbesondere politische Gefangene von der sozialistischen Staatsmacht verhört, gefoltert und inhaftiert.

Einer der vielen Zeitzeugen, die heute für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen arbeiten, führte den EAK-Bundesvorstand durch mehrere ehemalige Zellen- und Verhörtrakte des einstigen Stasigefängnisses: **Michael Bradler** wurde im Januar 1982 vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR verhaftet, als er am Grenzübergang Sonnenallee in Ost-Berlin erklärte, die DDR verlassen und nach West-Berlin ausreisen zu wollen. Über seine Hafterlebnisse der



folgenden Monate berichtete er dem EAK-Bundesvorstand bei einem ausführlichen Rundgang durch verschiedene Gebäude und Lagerbereiche der Gedenkstätte. Insbesondere die beklemmende Atmosphäre in den Kellern und hinter den Gittern in Hohenschönhausen verdeutlichte, dass das Gedenken aller Opfer des DDR-Unrechts gerade im 20. Jahr nach dem Berliner Mauerfall lebendig bleiben muss und nie in Vergessenheit geraten darf. Michael Bradler (s. o., 5. v. l., im Gespräch mit dem EAK-Bundesvorstand) wurde im Oktober 1982 im Rahmen des DDR-Häftlingsfreikaufs von Ost-Berlin über Cottbus in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. Heute arbeitet er in einem Textilgeschäft und als Besucherreferent der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Seit den 90er Jahren nimmt die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen den gesetzlichen Auftrag wahr, die geschichtliche Entwicklung dieser ehemaligen Untersuchungshaftanstalt zu erforschen und zu dokumentieren. **Dr. Hubertus Knabe** ist seit vielen Jahren als Direktor der Gedenkstätte mit dieser

großen Aufgabe befasst. Zuvor arbeitete er bis zum Jahr 2000 mehrere Jahre lang als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für **Joachim Gauck**, den ersten Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Im Gespräch mit dem EAK-Bundesvorstand verdeutlichte Hubertus Knabe, dass bis zur vollen Aufklärung des DDR-Unrechts noch ein weiter Weg der Forschung zu gehen ist. Besorgt zeigte sich der Historiker vor allem über die nostalgische Verklärung der DDR durch die Linkspartei. Hubertus Knabe wies insbesondere darauf hin, dass bundesweit seit den 90er Jahren an Schulen und Universitäten viel zu wenig Aufklärungsarbeit zur DDR als Unrechtsstaat geleistet wird. In dieser Frage betonte er auch die Verantwortung der Politik gegenüber den nach 1989/90 geborenen jungen Menschen. (Ein ausführliches Interview mit Dr. Hubertus Knabe zum 20. Jahrestag des Berliner Mauerfalls finden Sie demnächst in der Evangelischen Verantwortung.)

Weitere Informationen zur Gedenkstätte finden Sie unter www.stiftung-hsh.de.

Spendenstand

Seit dem 02.01.2009 haben insgesamt 74 Spender 3 468,19 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de



v. l. n. r.: EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner, EAK-Bundesvorsitzender Thomas Rachel und Dr. Hubertus Knabe

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich,
Christine Lieberknecht, Dieter Hackler,
Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Nicolas Basse,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de
Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Herrn
Dr. Christoph Lehmann
Pro Reli e. V.
Tölzer Straße 25
14199 Berlin

Herrn
Prof. Dr. phil. Dr. theol.
Thomas Schirrmacher
Martin Bucer Seminar
Friedrichstraße 38
53111 Bonn

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation
Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titelseite + Seite 5: © Christoph Lehmann;
Seite 2+16: © Thomas Rachel MdB;
Seite 3: © joshblake – istockphoto.com;
Seite 4: © Pro Reli e. V.;
Seite 6: © mikeh00 – istockphoto.com;
Seite 11: © SCM Hänssler im SCM-Verlag;
Seite 13: © Thomas Schirrmacher, © Schule
ohne Rassismus – Schule mit Courage,
© Metin Yilmaz;
Seite 15: © Dr. Bernhard Felmberg,
© Rosa Frank, © CDU-Bilddatenbank,
© Wolfgang Huber;
Seite 16: © CDU-Bilddatenbank;
Seite 17: © Hans Mikosch, © Ursula Lehr,
© Senioren Union, © Christine Lieberknecht,
© Mike Mohring, © CDU-Bilddatenbank,
© Andreas Kruse;
Seite 18+19: © EAK-Bundesgeschäftsstelle

Pressemitteilung vom 18.02.2009

Gegen das Vergessen – Für die Erinnerung

Anlässlich seines Besuches der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, erklärt der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK):

„Das 20. Jahr des Mauerfalls ist für uns sowohl ein Anlass der freudigen Dankbarkeit als auch der mahnenden Erinnerung. Dankbar sind wir dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR im Vertrauen auf Freiheit und Demokratie die Mauern von Unrecht, Unterdrückung und Teilung niedergerissen haben. Deutschland kann glücklich sein über das Wunder der friedlichen Revolution. Gleichzeitig ist es auch nach zwei Jahrzehnten unsere politische Pflicht, all derer zu gedenken, die vierzig Jahre lang unter der DDR-Diktatur gelitten haben, verfolgt bzw. an ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung gehindert wurden.

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist ein Symbol für die ganze Menschenverachtung des Sozialismus und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufklärung des DDR-Unrechts. Als EAK setzen wir uns für die volle historische Aufarbeitung der Gewaltherrschaft der DDR ein. Dies gebietet der Respekt vor den zahllosen Menschen, die durch Verfolgung, Folter, Beraubung ihrer Menschenwürde und Freiheitsrechte oder gar den Verlust des eigenen Lebens zu Opfern der unmenschlichen Methoden der SED und ihrer Vollstrecker in der Stasi wurden.

Es darf weder in den Schulen noch an den Universitäten Deutschlands in Vergessenheit geraten, dass die DDR den Menschen alle demokratischen Freiheitsrechte vorenthielt und ein diktatorischer Unrechtsstaat war. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft, jetzt und in Zukunft die Erinnerung an das DDR-Unrecht wach zu halten. In Deutschland darf es nie wieder politischen Kräften gelingen, im Namen des Kommunismus und Totalitarismus die Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde mit Füßen zu treten. Gerade in Zeiten, in denen die Täter von einst sowie ihre Sympathisanten in einer wieder erstarkten Linken ein neues politisches Zuhause gefunden haben, sind wir aufgerufen, jeder Form der Geschichtsverfälschung und der nostalgischen Verklärung der DDR aus diesen Reihen entgegenzutreten. Die Pflege der Erinnerungskultur ist auch in Zukunft ein wichtiger Baustein für die Bewahrung von Demokratie und Freiheitsrechten in Deutschland.“



„Selig sind, die nicht sehen und doch glauben“ (Joh 20,29)

Die Worte des auferstandenen Christus widersprechen unserem Alltagsverständnis, der uns immer wieder glauben machen will, dass wir nur das glauben können, was wir auch wirklich (und mit eigenen Augen) gesehen haben! Wir fragen: Basiert nicht der Glaube der Jünger an den Auferstandenen vielleicht doch nur auf einer Halluzination, entpuppt er sich womöglich als bloßes Produkt eines hysterischen Wunschenkens ohne Anhalt an der „Wirklichkeit“? – Solches Fragen ist nicht erst das Produkt neuzeitlichen Denkens und Zweifelns, sondern schon „thomasisch“. Viele Menschen können mit der Botschaft von Ostern nichts mehr anfangen, auch in unseren „Kirchenreihen“ mag oftmals der Zweifel nagen, ob es „wirklich so gewesen ist“, ob unser Glauben und Hoffen nicht vielleicht eher auf einer frommen Illusion beruht.

Aber der Glaube als existentielle Gewissheit und hoffnungsvolle Lebenszuversicht – so sehr er nicht ohne Anhalt an unserer Lebenserfahrung denkbar ist – lässt sich nun einmal nicht an den „Außenfassaden“ einer objektivierbaren Weltwirklichkeit ablesen oder sichtbar machen! Das betrifft schon unsere elementaren Hoffnungsgüter wie Vertrauen und Liebe, und gilt erst recht für den Glauben an die Auferstehung Christi. Wir haben zum Ausweis für unsere tragenden Lebensgründe keine Fotos und keine Tonbandaufzeichnungen, und selbst wenn wir sie hätten, wären wir dann wirklich einen Schritt weiter? Thomas bekam eine gewiss machende Antwort, aber gerade auch sein Zeugnis übersteigt alles, was mit äußeren Augen und Sinnen sichtbar zu machen ist: „Mein Herr und mein Gott!“ (v 28)

Die thomasische Lektion lautet: „Selig sind, die nicht sehen und doch glauben“ (v29). Und ist es nicht ganz oft vielmehr so, dass wir gemeinhin nicht glauben, was wir sehen, sondern eigentlich nur bereit sind, das zu sehen, was wir (auch) glauben?

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

